

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Dr. Dieter Spöri und Ulrich Maurer erteilen Späths Überlegungen zur Bildung großer Koalitionen eine klare Absage: Das Gespenst der großen Koalition.

Seite 1

Dokumentation:

Gerhard Schröder hielt im niedersächsischen Landtag eine vielbeachtete Rede zur Deutschlandpolitik: Die Rede im Wortlaut

Seite 4

44. Jahrgang / 119

26. Juni 1989

Das Gespenst der großen Koalition

Destabilisierung des demokratischen Parteiengefüges wäre die Folge

Von Dr. Dieter Spöri

Vorsitzender der baden-württembergischen SPD-Landtagsfraktion und

Ulrich Maurer

Landesvorsitzender der baden-württembergischen SPD

Das Ergebnis der Europawahlen hat zu neuer Spekulation über die Bildung einer großen Koalition auf Bundesebene nach der Bundestagswahl 1990 geführt. Äußerungen dahin gehend hatte schon der baden-württembergische Ministerpräsident Späth vor dieser Wahl in die Diskussion gebracht. Diese für die SPD scheinbar freundliche, aber gefährliche Einladung ist eine vordergründige Reaktion auf die grundlegenden Veränderungen im Parteiengefüge der Bundesrepublik 44 Jahre nach Kriegsende.

Am rechten Rand des Parteienspektrums stabilisieren sich gegenwärtig die Republikaner in einer für die Entwicklung der deutschen Demokratie bedrohlichen Weise. Die Grünen scheinen sich sogar europaweit als öko-libertäre Partei zu etablieren, mit einem Wählerpotential in der Bundesrepublik bis zu acht Prozent.

Die Union trägt erhebliches Maß an Mitverantwortung für den politischen Erfolg des neuen Rechtsradikalismus. Sie hat mitten im bundesdeutschen Wachstumsfest eine Zweidrittel-Gesellschaft und damit jene Benachteiligungen geschaffen, die jetzt in irrationalen Wählerprotest umschlagen: Sie ist den ausländerfeindlichen Argumentationsmustern, die in gefährlicher Gemengelage mit dieser Proteststimmung den Republikanern zum Durchbruch verholfen haben, nicht entgegengetreten, sondern hat sie sogar imitiert. Dies erklärt insbesondere ihre weit überdurchschnittlichen Verluste in Baden-Württemberg und Bayern.

Insofern war und ist der taktische Versuch großer Teile von CDU und CSU, die Themen der rechtsradikalen Parteien zu besetzen, um diese dadurch überflüssig zu machen, geradezu die Voraussetzung für deren Erfolg.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Veranstaltet von
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Die Union scheint dies bis heute nicht erkannt zu haben. Das kontraproduktive Ergebnis der eigenen taktischen Bemühungen führt in der CDU/CSU zunehmend zu einer Auseinandersetzung über mögliche Bündnisse mit sogenannten Republikanern.

Im wesentlichen sind zwei Strömungen erkennbar:

Eine schnell wachsende Gruppe von Friedrich Zimmermann, Heinrich Lummer über Ignaz Kiechle, Wilfried Hasselmann bis zu Carl-Ludwig Wagner will die Republik auf ein mögliches Bündnis zwischen Union und Republikanern vorbereiten: CDU-Politik aus dem Bauch.

Dabei wird zunehmend der von Anfang an heterogene Charakter der Union immer deutlicher: Die sozialorientierten Gruppen in der Union, insbesondere des wertkonservativen Katholizismus, geraten in der CDU in eine immer stärkere Minderheitsposition gegenüber der nationalkonservativen Gruppierung.

Letztere verfügt, wie auf den regionalen Parteitage der Union deutlich wurde, gerade auf dem Themenfeld der Asyl- und Ausländerpolitik über große Mehrheiten. Die auf diesem für die gegenwärtige gesellschaftliche Diskussion entscheidenden Feld sichtbar werdende Parallelität der Denkweise läßt für große Teile der Unionsbasis eine mögliche Koalition mit den sogenannten Republikanern als wenig erschreckend erscheinen. Nach unserer Auffassung kann es daher in Kommunen, wenn nicht gar in Ländern - wie zum Beispiel Bayern - schon bald zu derartigen Bündnissen kommen. Ist das Tabu aber erst einmal gebrochen, wird sich im Falle einer Mehrheitschance diese Konstellation vielfältig in der Bundesrepublik wiederholen.

Bei aller gebotenen Vorsicht gegenüber Vergleichen ist in diesem Zusammenhang die politische Entwicklung bei unserem Nachbarn Österreich, speziell im Bundesland Kärnten, besonders aufschlußreich. Trotz einer Koalitionsbindung mit der Sozialistischen Partei auf Bundesebene war dort regional die Hemmschwelle der ÖVP zu einer Koalition mit dem Rechtspopulisten Jörg Haider in Kärnten äußerst niedrig.

Die zweite Gruppe, die Mehrheit in der CDU-Parteiführung, lehnt gegenwärtig in berechtigter Angst vor einem weiteren Stimmenschwund Bündnisüberlegungen in Richtung Republikaner entschieden ab, will aber nach wie vor mit den rechtsradikalen Parteien um die Themenführung auf dem Feld der Ausländer- und Asylpolitik konkurrieren. Eine Sonderrolle in dieser Mehrheitsgruppe spielt der baden-württembergische Ministerpräsident Späth: Er hatte als härtester Exponent einer aggressiven Asyl- und Ausländerpolitik in der Union schon vor der Europawahl die Option einer großen Koalition auf Bundesebene für 1990 ins Spiel gebracht.

Dieses Denkspiel ist eine genauso falsche wie gefährliche Reaktion auf das Erstarken des neuen Rechtsradikalismus. Große Koalitionsspiele signalisieren, daß man sich mit dem Wahlergebnis der Rechtsradikalen abzufinden beginnt.

Die FDP steht diesen Bewegungen innerhalb von CDU/CSU noch relativ orientierungslos gegenüber. Ihre Lockerungsübungen von der Union - zum Beispiel in der Sicherheitspolitik - sind mit dem Brüsseler Nato-Kompromiß zunächst einmal eingestellt worden.

Bei den Grünen scheint der zunehmende Rechtsradikalismus ein stärkeres Bewußtsein für die Übernahme staatspolitischer Verantwortung auszulösen. Während eine Minderheit der alternativen Szene sich ins Abseits begibt, scheint eine Mehrheit die Einsicht in die Notwendigkeit berechenbarer Politik zu gewinnen.

Für die Sozialdemokratie stellt sich die Frage, wie sie bei diesen grundlegenden Veränderungen im gesellschaftlichen Parteienspektrum ihre zentralen Reformziele in den 90er Jahren durchsetzen kann. Die zentralen Reformaufgaben der deutschen Sozialdemokratie sind:

1. Eine Politik der Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung bei gleichzeitiger Korrektur der durch die Wendepolitik eingetretenen Deklassierungen des unteren Einkommensdrittels.
2. Die soziale Erneuerung der Industriegesellschaft unter der Bedingung dramatisch veränderter Altersstrukturen.
3. Eine grundlegend ökologische Reform des marktwirtschaftlichen Systems.
4. Die Schaffung eines multikulturellen europäischen Bundesstaates, in dem sich verschiedene Nationalitäten und Kulturen in einem Klima von Liberalität und Toleranz gegenseitig bereichern.

Da sich absolute Mehrheiten für die Sozialdemokratische Partei nur auf Länderebene erzielen lassen und die Vorgabe einer solchen Zielsetzung auf Bundesebene wenig glaubwürdig ist, stellt sich die Frage nach den möglichen bundespolitischen Partnern für die Durchsetzung der genannten Reformziele.

Was die Union angeht, erscheint allenfalls eine punktuelle Zusammenarbeit, wie zum Beispiel auf dem Gebiet der Rentenpolitik, möglich. Schon angesichts der genannten umfangreichen reformpolitischen Zukunftsaufgaben in den 90er Jahren sind tragfähige Grundlagen für eine Koalitionsoption mit CDU/CSU nicht gegeben.

Die SPD kann nicht ernsthaft mit einer Partei koalieren, die sich in der Frage der Ausländer- und Asylpolitik auf einen verheerenden Wettlauf mit dem rechten Parteienrand eingelassen hat, wobei gerade Späth der härteste Einpeitscher dieser Entwicklung ist. Die Folge wäre nicht nur ein politisches Klima, das für die Republikaner geradezu Treibhauswirkung hätte. Die SPD würde auch enttäuschte Wähler an die Grünen abgeben.

Die zu erwartenden destabilisierenden Folgen für das Parteiengefüge in der Bundesrepublik verbieten jedes weitere Nachdenken in diese Richtung.

Eine große Koalition würde zwingend mit einem massiven Erstarken der Randparteien einhergehen. Dies zeigt wiederum ein vergleichender Blick auf die aktuelle Entwicklung in unserem Nachbarland Österreich.

Wir verkennen nicht, daß die Frage, ob mit der Grünen Partei eine berechenbare und seriöse Reformpolitik gestaltet werden kann, noch nicht abschließend zu bewerten ist. Ebenso dürfen im Verhältnis zur FDP die großen Differenzen und Spannungen auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht übersehen werden. Nur bei großen wahlpolitischen Erfolgen der SPD auf Länder- und Bundesebene erscheinen diese Problemstellungen im Verhältnis zu Grünen und FDP aufgrund der dann eintretenden Kräftekonstellation beherrschbar. Aktuell wäre es deshalb falsch, sich zwischen diesen möglichen Optionen entscheiden zu wollen und damit den strategischen Spielraum der Sozialdemokratie zu verengen. Fest steht aber, daß nur im Rahmen solcher Konstellationen sozialdemokratische Reformpolitik in den 90er Jahren durchsetzbar zu beschreiben ist: Die SPD muß jetzt um Mehrheitsoptionen in diesem Rahmen politisch kämpfen. Eine statische Einschätzung der künftigen strategischen Möglichkeiten auf der Basis des Europawahlergebnisses führt in die Irre.

Das Spiel mit einer dritten Karte CDU - das Gespenst der Großen Koalition - führt dagegen schon im Vorlauf von Wahlen zu einer massiven Schwächung der sozialdemokratischen Chancen. Im Falle der Realisierung würde es mit einer unverantwortlichen Destabilisierung des demokratischen Parteiengefüges bezahlt.

DOKUMENTATION

Gerhard Schröder: Warnung vor einer Politik der Verdrängung und der Unwahrheit

SPD-Präsidiumsmitglied Gerhard Schröder warnte am 16. Juni als niedersächsischer Oppositionsführer im Landtag zu Hannover vor Illusionen in der Deutschlandpolitik. Anlaß seiner Rede war die Polemik, die die CDU gegen den SPD-Antrag „Europäische Friedensordnung und Einheit der Deutschen“ vorgetragen hatte.

Wer über die Einheit der Deutschen ehrlich redet, trifft auf Empfindungen und hat es mit Empfindlichkeiten zu tun.

Er muß sich mit enttäuschten Hoffnungen auseinandersetzen, vor allem aber mit dem Versuch, die Wirklichkeit zu verdrängen. Und offenbar ist all dies eine unendliche Geschichte. Im Antrag der Koalition taucht eine Position wieder auf, die ich für längst überwunden hielt, überwunden auch im Lager der Union.

Ich rede von der Einheit der Deutschen. Ich rede nicht von Wiedervereinigung. Mein Thema sind die Chancen, nicht die Illusionen.

Ich werde das weiter tun, weil richtig ist, was ich in der Debatte am 11. Mai 1989 gesagt habe: „Das Grundgesetz, meine Damen und Herren, redet nicht von Wiedervereinigung, sondern von Einheit der Deutschen.“ Und ich füge hinzu, was ich auch gesagt habe: „Wer die Einheit der Deutschen als historische Chance erhalten will, muß sich von der Vorstellung verabschieden, die Wiederbelebung des deutschen Nationalstaates im Herzen Europas sei eine historische Möglichkeit.“

Die Menschen, die mit einem wachen Sinn für die Wirklichkeit durchs Leben gehen, brauchen für diese einfache Wahrheit keine Zeugen. Sie steht für sich, weil sie die Konsequenz aus unserer jüngsten Geschichte ist. Aber wenn Abgeordnete aus CDU (und FDP), und wenn Sie, Herr Albrecht, Zeugen dafür brauchen, ich will sie Ihnen gern nennen:

„Dem Ausdruck ‚Wiedervereinigung‘ ziehe ich einen anderen Ausdruck vor: Freier Verkehr von einem Deutschland zum anderen.“

(Rainer Barzel am 23. März 1972 im Interview mit der Illustrierten „Quick“)

„Die Wiederbelebung eines deutschen Nationalstaates im Herzen von Europa kommt für uns nicht in Betracht. Wir stehen nicht für die Wiederbelebung einer europäischen Staatenwelt mit einem deutschen Reich in der Mitte.“

(Franz-Josef Strauß 1975, zitiert in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 22. Mai 1985)

„Die Einheit Deutschlands hat Hitler verspielt. Ich sage, es gibt keine Rückkehr zum Nationalstaat alter Prägung. Niemand will dies, wir auch nicht. Wir müssen unsere deutsche Frage einbetten in eine europäische Lösung.“

(Helmut Kohl am 19. Juni 1980 in einem Interview mit der Illustrierten „Quick“)

„Und hier ist nun dringend ein neuer Akzent zu setzen. Wir kommen nicht einmal mit unserer Entspannungspolitik wirksam weiter, wenn wir sie länger als eine Funktion nationalstaatlicher Wiedervereinigung des Deutschen Reiches begreifen. Ich sage das nicht leichten Herzens, und es ist schmerzlich, sich von lieb gewordenen Vorstellungen, die unser politisches Leben und Trachten entscheidend mitgeprägt haben, zu trennen.“

(Walter Scheel auf dem FDP-Bundesparteitag 1968 in Freiburg)

„Wir stehen im Dienste der politischen Ziele, die uns die Präambel des Grundgesetzes vorgibt: Frieden, Einheit der Europäer, Einheit der Deutschen. Wie wir ihnen näherkommen, das will und kann uns die Verfassung nicht vorschreiben. Wir müssen den Einklang der Ziele und den Weg zu ihnen selbst finden.“

(Richard von Weizsäcker am 26. Mai 1989)

Angesichts dessen fragt man sich, warum es diese Debatte gibt. Gewiß auch kleinlicher Taktik wegen. Die Koalition hofft, durch nationale Träume Wähler halten und neue gewinnen zu können. Diese Hoffnung wird trügen.

Gewiß ist es so, daß der, der über das Ob und Wie deutscher Einheit ehrlich redet, manchen Zorn auf sich zieht und sich Gegner schafft. Und Sozialdemokraten kennen das.

Wir werden nicht vergessen, wie Sie in der Union über uns hergefallen sind, als wir Mitte der 60er Jahre begannen, den Schutt der Geschichte wegzuräumen und Realitäten zu akzeptieren. Weil wir weitergriffen, als lediglich Rechtsstandpunkte zu beschwören. Weil wir uns weigerten, Resolutionen von der Qualität der heute hier vorliegenden zu beschließen. Deshalb haben Sie schäbige Kampagnen gegen uns inszeniert. Wir haben das ausgekämpft. Wir haben die Ostverträge, den Grundlagenvertrag durchgesetzt. Gegen Ihre Wut und gegen das Zögern vieler Menschen, die es schwer hatten, sich selbst das Scheitern ihrer Illusionen einzugestehen. Wir sind sehr stolz auf diese Politik.

Heute, fast 20 Jahre später, macht eine Regierung derjenigen, die diese Verträge erbittert bekämpft hat, Politik auf der Basis der Verträge. Ich beklage das nicht. Ich begrüße das ausdrücklich. Und ich begrüße, daß die gemeinsame Erklärung, die Präsident Gorbatschow und Bundeskanzler Kohl in dieser Woche unterzeichneten, von der Anerkennung der staatlichen Realitäten in Europa redet und einer Destabilisierungspolitik eine klare Absage erteilt. Nur: Man muß das auch ernst nehmen, was in dieser Erklärung steht.

Es ist ganz zweifellos so, daß die gemeinsame Erklärung ohne die Ostverträge, ohne die Beschlüsse von Helsinki, die die Union samt und sonders abgelehnt hat, nicht denkbar wäre. Gleichwohl hat sie ihren Wert an sich. Aber ich hätte mir gewünscht, daß es aus der Union ein Wort des Bedauerns für die Diffamierung von gestern gegeben hätte. Ein Wort darüber, daß Sie damals das Falsche gewollt und wir das Richtige getan haben.

Indem wir eine Politik des Deklamierens und Beschwörens durchbrachen, haben wir die Menschen einander näher gebracht. Alles, was sich Deutschland für die Menschen bewegt hat, hat sich auf der Basis der Verträge bewegt, die wir gemacht und die Sie bekämpft haben. Angesichts dessen ist es merkwürdig, daß Sie nach 20 Jahren dort wieder beginnen wollen, wo wir mit den Ostverträgen, mit dem Grundlagenvertrag einen Schlußstrich gezogen haben. Denn das ist doch die Funktion dieser Debatte. Wo Sie die Praxis nicht mehr verändern können, weil wir sie unumkehrbar gemacht haben, holen Sie im Kampf um Mehrheiten die ideologischen Versatzstücke von gestern wieder hervor.

Ich warne vor einer solchen Politik der Verdrängung und Unwahrheit. Und wenn Sie meiner Warnung nicht glauben, dann hören Sie sich an, was Manfred Stolpe, der 2. Vorsitzende des evangelischen Kirchenbundes in der DDR, dazu sagt:

„Ich muß Ihnen gestehen, daß mir die Wiedervereinigungsprophezeiungen Sorge machen. Vor allem wegen der Wahrhaftigkeit und wegen der Irritationen.“

Wer keine konkreten Möglichkeiten einer Verwirklichung für einen deutschen Gesamtstaat sieht, darf nicht so reden, als ob er es doch wüßte. Oder wird bewußt auf Stimmungen gesetzt, um sie bei den emotional empfänglichen Deutschen loszutreten? Aber wer soll denn in Bonn, Berlin, Paris, London, Washington oder Moskau Politik machen wenn in den nächsten Jahren eine Anschlußpsychose bei den Deutschen produziert werden würde? Das flotte Reden von Wiedervereinigung ist heute objektiv der friedensgefährdende Versuch, unabsehbare Irritationen in Gang zu setzen.“

Vielleicht unterstellen Sie Herrn Stolpe nicht, was Sie uns gern anheften wollen. Und vielleicht führt das dazu, daß Sie sich mit dieser Argumentation, die in vollem Umfang meine ist, endlich ernsthaft auseinandersetzen. Heute wie gestern setzen wir Ihrem Appell an die genannten nationalen Gefühle kühle Rationalität entgegen. Wo Sie eine neue Generation über die Chancen der Wiedervereinigung erneut täuschen wollen, klären wir sie abermals auf. Und wir werden auch diesmal Erfolg haben.

Die Basis unserer Argumentation fasse ich in vier Punkten zusammen:

1. Eine Wiedervereinigung, gedacht als Anschluß der DDR an die Bundesrepublik, wird es nicht geben. Wer durch Verwendung falscher Begriffe diese Illusion nährt, sucht die Menschen zu täuschen, anstatt sie aufzuklären. Aber nicht nur das: Er sorgt für Irritationen im Westen, für das Anwachsen von Ängsten. Ängsten vor einem deutschen Sonderweg, der historisch immer verhängnisvoll war und deshalb auch heute keine Perspektive sein kann. Es fehlte nur noch, daß nun einer von Ihnen aufsteht, um sich für die Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 auszusprechen.

Und noch eins: Wenn Sie versuchen, den Reformprozeß in Osteuropa für das Wiederbeleben eines deutschen Nationalismus zu nutzen, werden Sie den Reformprozeß erschweren, wenn nicht zerstören.

2. Friedenssicherung durch Abrüstung, Zusammenarbeit auf möglichst vielen Gebieten, das ist die Aufgabe deutscher Politik. Diese Politik verträgt nicht die Aufstellung neuer Kurzstreckenraketen. Und diese Politik setzt die Anerkennung der staatlichen Realitäten und Grenzen in Europa voraus. Dies ohne Wenn und Aber festgestellt zu haben, ist auch das Verdienst der gemeinsamen Erklärung. Und naturgemäß bezieht sich all dies auch auf die Existenz der DDR. Die reformfeindliche Politik der Führung der DDR widerspricht zutiefst unseren Prinzipien. Diese Politik befindet sich auch im Gegensatz zu den Reformbewegungen im übrigen Osteuropa. Das, so denke ich, haben wir mit Entschiedenheit festzustellen und ebenso entschieden haben wir diese Politik zu kritisieren. Unsere Kritik würde indessen ungläubwürdig und ginge in die Irre, wenn wir mit ihr die staatliche Existenz und die Integrität der Grenzen der DDR in Frage stellen. Wir würden damit denjenigen, die in der DDR für Reformen streiten, nicht helfen, sondern ihnen schaden, weil eine unbewegliche und demokratie-unwillige Führung es allzu leicht hätte, die Reformbestrebungen als gegen die staatliche Existenz der DDR gerichtet zu diffamieren.
3. Die Einheit der Deutschen - ihr Gefühl und ihr Wissen um ihre Zusammengehörigkeit - ist auf absehbare Zeit nur in zwei Staaten zu realisieren. Dies erfordert ein Verhältnis der beiden Staaten zueinander, das eine umfassende Zusammenarbeit ermöglicht. Ein Verhältnis, in dem es den möglichst freien Austausch von Informationen, Meinungen, vor allem aber von Menschen gibt. Voraussetzung dafür bleibt, daß die Souveränität des anderen deutschen Staates nicht in Frage gestellt wird. Der große, wichtige Rest ist - wie man gerade jetzt wieder sieht - schwer genug. Aber auch dieser Rest wird unmöglich, wenn man über Wiedervereinigung schwadroniert und nicht zugibt, daß man damit den Anschluß der DDR an die Bundesrepublik meint.
4. Wenn es gelingt, den Demokratisierungsprozeß in Osteuropa unumkehrbar zu machen, wenn es gelingt, das gewaltige Wohlstandsgefälle zwischen West- und Osteuropa auszugleichen, wenn es gelingt, neue Strukturen in der Sicherheitspolitik zu schaffen, dann und nur dann, wird die Trennung Europas zu mildern, vielleicht sogar zu überwinden sein.

In diesem Prozeß wird dann auch die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten ihren trennenden Charakter verlieren, wird das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung, das unveräußerlich ist, nicht nur auf dem Papier stehen, sondern Realität werden können.

Heinrich Heine sagt im Wintermärchen von den Deutschen:

„Franzosen und Russen gehört das Land,
Das Meer gehört den Briten,
Wir aber besitzen im Luftreich des Traums,
Die Herrschaft unbestritten.

Hier üben wir die Hegeomie,
Hier sind wir unzerstückelt;
Die andern Völker haben sich
Auf platter Erde entwickelt.“

Unser Thema ist eines, das nicht im Luftraum der Träume, sondern auf der platten Erde der Realität behandelt werden muß, und das deshalb die Beachtung der Mahnung Heines wahrlich verdient.

(-/26.6.1989/vo-he/st)